

## Im Laboratorium der Marktwirtschaft: Zur Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90 bis 1994

Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte

### I. Thema und Forschungsgegenstand

Die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990 hat die Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR radikal verändert.<sup>1</sup> Die dabei erfolgte Veräußerung von öffentlichem beziehungsweise staatlichem Eigentum ist beispiellos in der Geschichte moderner Industriegesellschaften. Die Transformation von der Planwirtschaft sozialistischen Typs zur sozialen Marktwirtschaft begann vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der DDR und der Herstellung der deutschen Einheit. Die Treuhandanstalt – von DDR-Bürgerrechtlern ursprünglich zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums ins Leben gerufen – nahm dabei eine wichtige Rolle ein, denn sie wurde ab dem 1. März 1990 Eigentümerin der volkseigenen Betriebe<sup>2</sup> und damit verantwortlich für rund vier Millionen Beschäftigte. Schon bald diente sie als Privatisierungsbehörde und fungierte in diesem Zusammenhang als „Zwischeneigentümer“<sup>3</sup> beziehungsweise als „Auktionsbörse und Industrieministerium“.<sup>4</sup>

Mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion<sup>5</sup> am 1. Juli 1990 wurden die ostdeutschen Betriebe schlagartig den Weltmarktbedingungen ausgesetzt. Obwohl die Treuhandanstalt über einen Kreditermächtigungsrahmen von sieben Milliarden DM (1990) beziehungsweise zehn Milliarden DM (1991) verfügte, war der Umstellungsprozess mit erheblichen Härten und Risiken verbunden. Die wirtschaftliche Talfahrt übertraf sogar die pessimistischen Prognostik.

<sup>1</sup> Im Rahmen seines Forschungsschwerpunkts „Transformationen in der neuesten Zeitgeschichte“, zu den rasanten Wandlungsprozessen und soziokulturellen Brüchen der Industriegesellschaften seit den 1970er Jahren, hat das Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ) schon seit längerem die Rolle der Treuhandanstalt in den Blick genommen. Über Eigenmittel hinaus wird das hier vorzustellende Projekt vom Bundesministerium der Finanzen gefördert. In enger Verbindung hierzu stehen auch die beiden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Einzelprojekte von Andreas Malycha und Florian Peters.

<sup>2</sup> Bis zum Abschluss der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gaben sich einige Tausend Betriebe die neue Rechtsform einer Aktiengesellschaft bzw. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH).

<sup>3</sup> Bericht des Vorstands der Treuhandanstalt über den Abschluss der Arbeiten zum 31.12.1994, in: Dokumentation Treuhandanstalt 1990–1994, Register, hrsg. von der Treuhandanstalt, Berlin 1994, S. 3–18, hier S. 4.

<sup>4</sup> Zit. nach Gerhard A. Ritter, Rahmenbedingungen der innerdeutschen Einigung, in: Ders. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 11: Bundesrepublik Deutschland 1989–1994. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung, Baden-Baden 2007, S. 1-106, hier S. 60.

<sup>5</sup> Vgl. Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998. Zur frühen Kritik an der Währungsumstellung vgl. Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1991.

sen zahlreicher Wirtschaftsexperten. Unmittelbar nach der Währungsumstellung drohte etwa 7.600 Unternehmen die akute Zahlungsunfähigkeit. Da die Betriebsumsätze auf dem ostdeutschen und osteuropäischen Markt dramatisch einbrachen und die Betriebserlöse immer weniger kostendeckend waren, entwickelte sich aus dem Liquiditätsproblem rasch ein Rentabilitätsproblem, das die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern maßgeblich geprägt hat.

Die Treuhandanstalt war jedoch nicht nur für die Privatisierung der volkseigenen Industrie zuständig, sondern führte auch die Veräußerung der landwirtschaftlichen Güter durch. Dazu wurden der Behörde im September 1990 die ehemaligen volkseigenen Güter mit einer Nutzfläche von 350.000 Hektar, circa 1,3 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche „aus dem Bereich der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) sowie mehr als zwei Millionen Hektar Wald der früheren Forstbetriebe übertragen.<sup>6</sup> Auf diese Weise wurde die Treuhandanstalt für ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche und zwei Drittel der Waldflächen der DDR zuständig. Auch in diesem Bereich war die Klärung der Eigentumsverhältnisse sehr schwierig, weil das sogenannte volkseigene Vermögen auf Enteignungen in drei unterschiedlichen Zeitphasen beruhte (vor 1945; zwischen 1945 und 1949; ab 1949). Die Eigentumsverhältnisse und die damit verbundenen offenen Rechtsfragen<sup>7</sup> mussten zunächst einmal von der Treuhandanstalt beziehungsweise den Landesämtern zur Regelung offener Vermögensfragen in jedem Einzelfall geklärt werden.

Bei der Bewältigung der sozioökonomischen Folgelasten der Privatisierung in den ostdeutschen Bundesländern stand die Treuhandanstalt schon bald im Kreuzfeuer der Kritik. So wurde ihr unter anderem vorgeworfen, sie habe Volkvermögen verschleudert, Steuergelder in Milliardenhöhe verschwendet und den Kollaps der Industrie in der ehemaligen DDR beschleunigt;<sup>8</sup> die wirtschaftliche Not der Menschen wegen der Arbeitslosigkeit sei im Wesentlichen auf die Tätigkeit der Treuhandanstalt zurückzuführen. Damit wurde der Treuhandanstalt die Hauptverantwortung für die Deindustrialisierung des Landes und für die Verschlechterung der sozioökonomischen Lage vieler Menschen zugeschoben. Mit

<sup>6</sup> Dokumentation Treuhandanstalt 1990–1994, Register, S. 6 f.

<sup>7</sup> Kurzdarstellung der Unternehmensgruppe Land- und Forstwirtschaft (o. D.), in: Dokumentation Treuhandanstalt 1990–1994, Bd. 8, hrsg. von der Treuhandanstalt, Berlin 1994, S. 248–250, hier S. 248.

<sup>8</sup> Eine seriöse Gesamtbilanz der Privatisierungspolitik steht nach wie vor aus und dürfte auf zahlreiche inhaltliche wie methodische Probleme stoßen. Dennoch wurde in der Öffentlichkeit frühzeitig die Behauptung kolportiert, durch den Verkauf der volkseigenen Betriebe könne ein Gewinn in Höhe von rund 600 Milliarden DM erwirtschaftet werden, die auf eine entsprechende Äußerung Detlev Karsten Rohwedders vor der Bundeswirtschaftskammer in Wien am 19.10.1990 zurückgeführt wurde; vgl. Marcus Böick, Die Treuhandanstalt 1990–1994, Erfurt 2015, S. 29. In ihrem Abschlussbericht bezifferte der Vorstand der Treuhandanstalt die Privatisierungseinnahmen nur noch auf 73 Milliarden DM; im Zuge der Privatisierung seien zur Tilgung der Verbindlichkeiten (Betriebsschulden, ökologische Sanierung, Sozialpläne etc.) dagegen 264 Milliarden DM am Kapitalmarkt aufgenommen worden; vgl. Dokumentation Treuhandanstalt 1990–1994, Register, S. 13.

anderen Worten: Die Treuhandanstalt stand letztlich sinnbildlich für den Rückgang von Produktivität und Beschäftigung und die gesellschaftlichen Verwerfungen in Ostdeutschland. Die Fokussierung auf die Treuhandanstalt und die Kritik an ihrer Privatisierungspolitik hält bis heute nahezu ungebrochen an.<sup>9</sup> Der Historiker Marcus Böick hat die Treuhandanstalt jüngst noch als „negative[n] erinnerungskulturelle[n] Bezugspunkt“, ja als „erinnerungskulturelle ‚Bad Bank‘“ vor allem für ältere Ostdeutsche bezeichnet.<sup>10</sup>

Zur Geschichte der Treuhandanstalt und zur Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft liegen inzwischen viele Bücher vor, allerdings vornehmlich aus der Feder von Journalisten und Publizisten. Das Negativurteil schlug sich bereits in den Titeln nieder: „Kolonie im eigenen Land“,<sup>11</sup> „Raubzug Ost“,<sup>12</sup> „Der deutsche Golddrausch“,<sup>13</sup> „Die große Enteignung“,<sup>14</sup> „Treuhand-Poker“,<sup>15</sup> „Der Treuhandskandal“,<sup>16</sup> „Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen“.<sup>17</sup> In der umfangreichen Literatur überwiegen die Publikationen, die in erster Linie nach Pleiten, Pech und Pannen Ausschau halten, wenn nicht sogar kriminelle Machenschaften thematisierten.<sup>18</sup> Auf der anderen Seite haben sich aber auch ehemalige Treuhandmanager wie die ehemalige Präsidentin Birgit Breuel zu Wort gemeldet und eine positive Bilanz gezogen.<sup>19</sup>

Demgegenüber gibt es mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nur einige wenige wissenschaftliche Darstellungen des Aufbaus Ost, die auch die Tätigkeit der Treuhandanstalt einschließen.<sup>20</sup> Keine davon kann sich freilich auf Primärquellen stützen. Die nach wie vor maßgebliche Studie des Konstanzer Verwal-

<sup>9</sup> Vgl. Dietmar Grosser/Hanno Müller/Paul-Josef Raue (Hrsg.), *Treuhand in Thüringen. Wie Thüringen nach der Wende ausverkauft wurde*, Essen 2013.

<sup>10</sup> Neues Deutschland vom 26.8.2017: „Alle Fehler und Pannen“; [www.neues-deutschland.de/artikel/1061710.alle-fehler-und-pannen.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/1061710.alle-fehler-und-pannen.html) [14.9.2017].

<sup>11</sup> Vgl. Peter Christ/Ralf Neubauer, *Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder*, Berlin 1991.

<sup>12</sup> Vgl. Klaus Huhn, *Raubzug Ost. Wie die Treuhand die DDR plünderte*, Berlin 2010.

<sup>13</sup> Vgl. Dirk Laabs, *Der deutsche Golddrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand*, München 2012.

<sup>14</sup> Vgl. Otto Köhler, *Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte*, Berlin 2011.

<sup>15</sup> Vgl. Martin Flug, *Treuhand-Poker. Die Mechanismen des Ausverkaufs*, Berlin 1992.

<sup>16</sup> Vgl. Heinz Suhr, *Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde*, Frankfurt a. M. 1991.

<sup>17</sup> Vgl. Rüdiger Liedtke (Hrsg.), *Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen*, München 1993.

<sup>18</sup> Vgl. Michael Jürgs, *Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften*, München 1997.

<sup>19</sup> Vgl. Birgit Breuel (Hrsg.), *Treuhand intern. Tagebuch*, Frankfurt a. M./Berlin 1993.

<sup>20</sup> So z. B. Wolfram Fischer/Herbert Hax/Hans Karl Schneider (Hrsg.), *Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen. Forschungsberichte*, Berlin 1993; Marc Kemmler, *Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums*, Frankfurt a. M./New York 1994; Roland Czada/Gerhard Lehmbuch (Hrsg.), *Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik*, Frankfurt a. M./New York 1998, und Karl-Heinz Paqué, *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit*, München 2009.

tungswissenschaftlers Wolfgang Seibel<sup>21</sup> basiert im Wesentlichen auf der Auswertung publizierter Quellen und Literatur sowie Zeitzeugeninterviews; die Akten der Treuhandanstalt und des Bundesfinanzministeriums als übergeordneter Behörde standen Seibel nicht zur Verfügung.<sup>22</sup> Darüber hinaus liegen erst wenige, komparativ angelegte Analysen zum Transformationsprozess in Osteuropa nach 1990 vor, die allerdings auch nur auf der Auswertung veröffentlichter Materialien beruhen.<sup>23</sup> Die historische Analyse der Treuhandanstalt und ihrer Tätigkeit steht somit noch am Anfang.<sup>24</sup>

Die Treuhandanstalt war ein Instrument zur Privatisierung der volkseigenen Betriebe. Insofern muss ihre Tätigkeit zunächst einmal vor dem Hintergrund der Belastungen durch die defizitäre DDR-Zentralverwaltungswirtschaft<sup>25</sup> gesehen werden. Die wirtschaftspolitische Entscheidung zugunsten der Planwirtschaft Ende der 1940er Jahre hatte langfristige Folgen für die Innovationsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft, deren Schwächen im Laufe der Zeit immer stärker zum Tragen kamen. Die DDR war seit den 1970er und 1980er Jahren mit vielen Produkten international nicht mehr konkurrenzfähig. Die von der SED-Führung bereits 1946 formulierte „Magnettheorie“ hatte sich schon frühzeitig als eine trügerische Hoffnung erwiesen. Denn der von Ost-Berlin erhoffte wirtschaftliche Aufschwung hatte nicht die hoch gesteckten Erwartungen erfüllen und damit keine Sogwirkung auf den Westen Deutschlands entfalten können. Im Gegenteil:

<sup>21</sup> Vgl. Wolfgang Seibel, *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*, Frankfurt a. M./New York 2005, und auch Kemmler, *Entstehung der Treuhandanstalt*.

<sup>22</sup> Auf Aktenstudium beruht allein die knapp gehaltene Untersuchung von Hanns C. Löhrr über die Privatisierung der Landwirtschaft. Er konnte für seine Studie insgesamt 68 Sachakten des Direktorats Land- und Forstwirtschaft beziehungsweise der Abteilung U5LF2 auswerten. Der Autor hat allerdings das Schicksal der Bodenfondsflächen nur für die Jahre von 1990 bis 1992 verfolgt und die Privatisierung der Forstbetriebe und der Lebensmittelindustrie nicht berücksichtigt; vgl. Hanns Christian Löhrr, *Der Kampf um das Volkseigentum. Eine Studie zur Privatisierung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern durch die Treuhandanstalt (1990–1994)*, Berlin 2002.

<sup>23</sup> Vgl. Günther Heydemann/Karel Vodička (Hrsg.), *Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich*, Göttingen 2013.

<sup>24</sup> Eine Ausnahme stellen die Veröffentlichungen von Marcus Böick dar, der 2016 – allerdings ohne Rückgriff auf die Akten der Treuhandanstalt – seine Dissertation über „Manager, Beamte und Kader in einer Arena des Übergangs. Eine Ideen-, Organisations- und Erfahrungsgeschichte der Treuhandanstalt und ihres Personals, 1990–1994“ abgeschlossen hat. Vgl. z. B. ders., *Die Treuhandanstalt*, und ders., *Vom Werden und Vergehen einer (post-)revolutionären Arena. Die Treuhandanstalt in der Umbruchs- und Übergangsgesellschaft*, in: Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hrsg.), *Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft*, Stuttgart 2017, S. 139–159.

<sup>25</sup> Vgl. Christoph Buchheim, *Die Defizite der Sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft*, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 81–91; André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Bonn 2007; Hartmut Berghoff/Uta Andrea Balbier (Hrsg.), *The East German Economy, 1945–2010. Falling Behind or Catching Up?*, Cambridge 2013, und Dierk Hoffmann (Hrsg.), *Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis*, Berlin/Boston 2016.

Die massive Fluchtbewegung in die Bundesrepublik bis zum Mauerbau 1961 dokumentierte das Scheitern des kommunistischen Wirtschafts- und Modernisierungsmodells. Daran änderte auch das Ende des westdeutschen Wirtschaftsbooms Anfang der 1970er Jahre wenig. In der Systemkonkurrenz mit der Bundesrepublik konnte die DDR von der Massenarbeitslosigkeit in der Bonner Republik ab Mitte der 1970er Jahre nicht profitieren, zumal sie sich zu diesem Zeitpunkt bereits in einer Schuldenfalle befand. Die ständige politische Betonung der Ökonomie durch die SED-Führung lenkte die Aufmerksamkeit in beiden deutschen Staaten vielmehr geradewegs auf die Schwachstellen des staatssozialistischen Systems, die nach dem Ende der DDR erst richtig zum Vorschein kamen.<sup>26</sup>

Die Defizite der ostdeutschen Zentralverwaltungswirtschaft wurden in den 1970er und 1980er Jahren immer deutlicher, wobei der Erdölpreisschock eine wichtige Rolle spielte. Der dramatische Anstieg des Weltmarktpreises für Rohöl traf die DDR aufgrund des festgelegten Preismechanismus innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe etwas zeitversetzt erst Ende der 1970er Jahre. Der Hauptöllieferant – die UdSSR – verkaufte das Erdöl an die DDR zu wesentlich erhöhten Preisen. Außerdem weigerte sich Moskau zunächst, dem Wunsch der SED-Führung nach einer größeren Liefermenge zu folgen. Dadurch geriet die bis dahin sicher geglaubte Energieversorgung der DDR ins Wanken. Der Anstieg des Erdölpreises hatte außerdem langfristige Folgen für die *Terms of Trade* der DDR und damit auch für den ostdeutschen Haushalt: Die Verschuldung stieg rasant von zwei Milliarden Valutamark Anfang der 1970er Jahre auf 23,6 Milliarden im Jahr 1980. Das wiederum führte dazu, dass Ressourcen fehlten, um den Anschluss an die weltweite technologische Entwicklung zu halten. Die zunehmende Rückständigkeit der DDR war nicht mehr aufzuhalten. Als Ost-Berlin 1989 die 256-Kilobit-Chips in kleiner Menge produzieren ließ, lief in Japan schon drei Jahre lang die Massenproduktion von Megabit-Chips. Dieses Beispiel zeigt, dass die DDR-Wirtschaft unter einer strukturellen Wettbewerbsschwäche litt,<sup>27</sup> die im Übrigen eine erhebliche Belastung beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft darstellen sollte.

Die Tätigkeit der Treuhandanstalt muss außerdem vor dem Hintergrund der wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten der 1980er Jahre in der Bundesrepublik gesehen werden. Die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hatte von Anfang an als eines ihrer zentralen Ziele formuliert, die Wirtschaft zu modernisieren und damit deren Leistungsfähigkeit zu steigern. Die rhetorisch oft proklamierte Trias – Entfesselung der Marktkräfte, Rückzug des Staats und Förderung der „Leistungskraft“ – war das wirtschaftspolitische Leitbild, dem in der schwarz-gelben Koalition nicht nur der damalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) folgte. Deregu-

<sup>26</sup> Vgl. Dierk Hoffmann, Von Ulbricht zu Honecker. Die Geschichte der DDR 1949–1989, Berlin 2013, S. 159.

<sup>27</sup> Vgl. Ralf Ahrens, Außenwirtschaftspolitik zwischen Ostintegration und Westverschuldung, in: Hoffmann (Hrsg.), Zentrale Wirtschaftsverwaltung, S. 510–590.

lierung und Privatisierung standen damals ganz oben auf der politischen Agenda. Dabei setzte sich Kohl im CDU-Bundesvorstand durchaus dezidiert vom neoliberalen Wirtschaftskurs Ronald Reagans und Margaret Thatchers ab.<sup>28</sup> Erste Ergebnisse der Privatisierungsdebatten waren die Gründung privater Fernsehanstalten sowie die Privatisierung von Post, Telekommunikation und (ansatzweise) der Bahn. Der Ruf nach einem Rückzug des Staats hatte auch Folgen für das westdeutsche System sozialer Sicherheit: So wurden private Arbeitsvermittler zugelassen, die private Eigenvorsorge gestärkt sowie die Schutzbestimmungen des Arbeitsrechts gelockert. Darüber hinaus sollten durch Einschnitte ins soziale Netz die Staatsfinanzen wieder in Ordnung gebracht und die Arbeitskosten gesenkt werden. Im Einzelfall gestalteten sich entsprechende Vorhaben jedoch als äußerst schwierig, wie etwa die Reform des Ladenschlussgesetzes zeigt.

Mit dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft ab Mitte 1990 verschoben sich die Gewichte im korporatistischen Wirtschaftssystem der Bundesrepublik partiell wieder zugunsten des Staats.<sup>29</sup> Dieser hatte über die Treuhandanstalt erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Neuordnung in den fünf neuen Ländern. Die Übernahme der ostdeutschen Industrie durch die Treuhandanstalt, der „Aufbau Ost“ und die soziale Abfederung der wirtschaftlichen Transformation stärkten die Stellung des Staats. Mit der Errichtung der Treuhandanstalt wurde also – aus einer Notlage heraus – eine Entwicklung begründet, die dem Trend zu Deregulierung,<sup>30</sup> Privatisierung<sup>31</sup> und Bürokratieabbau zuwider lief. Der Staat war ferner für den Ausbau der vernachlässigten Infrastruktur verantwortlich und sorgte dafür, dass die Kosten der deutschen Einheit zu einem erheblichen Teil auf die Sozialversicherung abgewälzt wurden.<sup>32</sup> Die einzelnen Maßnahmen führten letztlich dazu, dass die Staatsquote, die nach dem Bonner Regierungswechsel 1982 gesenkt werden sollte, wieder kontinuierlich anstieg.

Die Tätigkeit der Treuhandanstalt muss schließlich auch vor dem Hintergrund eines weltweiten Strukturwandels gesehen werden, der Anfang der 1970er Jahre

<sup>28</sup> Vgl. Berichte zur Lage, 13./14. Oktober 1985, in: Helmut Kohl, Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, bearb. von Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2014, S. 341–364, hier S. 343; Berichte zur Lage, 26./27. Januar 1986, in: Ebenda, S. 378–398, hier S. 383, und Berichte zur Lage, 3./4. September 1992, in: Helmut Kohl, Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, bearb. von Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2012, S. 381–387, hier S. 381.

<sup>29</sup> Vgl. Gerhard A. Ritter, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder im Einigungsprozess, in: Ders. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik, Bd. 11, S. 107–339, hier S. 302.

<sup>30</sup> Vgl. Frank Schorkopf u. a. (Hrsg.), Gestaltung der Freiheit. Regulierung von Wirtschaft zwischen historischer Prägung und Normierung, Tübingen 2013.

<sup>31</sup> Vgl. Norbert Frei/Dietmar Süß (Hrsg.), Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, und Katja Fuder, Der Staat als Unternehmer. Das industrielle Bundesvermögen seit 1945, in: Schorkopf u. a. (Hrsg.), Gestaltung der Freiheit, S. 175–196.

<sup>32</sup> Vgl. Gerhard A. Ritter, Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006.

verstärkt einsetzte,<sup>33</sup> sich Anfang der 1990er Jahre nochmals beschleunigte und auch den Verkauf der volkseigenen Betriebe in Ostdeutschland beeinflusste. Dabei zeichneten sich vor allem die Grenzen nationaler Wirtschaftspolitiken immer mehr ab. So wurde der ost- und der westdeutsche Außenhandel von einer zunehmenden Europäisierung und Globalisierung geprägt.<sup>34</sup> Die Europäische Gemeinschaft (EG) beziehungsweise ab 1993 die Europäische Union (EU) nahm insofern eine wichtige Rolle ein, als sie zum Beispiel bei der Festlegung von Absatzkontingenten oder von Subventionszahlungen ein gewichtiges Wort mitredete. Das wiederum wirkte sich auf die Privatisierung von Stahlindustrie und Werften-, aber auch der Chemischen Industrie in Ostdeutschland aus. Die Treuhandanstalt stand somit vor einer Herkulesaufgabe: Einerseits verloren die ostdeutschen Betriebe Anfang der 1990er Jahre ihre individuellen Absatzmärkte in Osteuropa; andererseits sahen sie sich mit einem Mal der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Die ostdeutschen Betriebe mussten daher innerhalb kürzester Zeit durch Privatisierung für den Weltmarkt wettbewerbsfähig gemacht werden.

Der ökonomische Umbruch war insofern von einer „doppelten Transformation“ geprägt, in der sich „einigungsbedingte Probleme“ und globale Veränderungen des Wirtschafts- und Finanzsystems überlagerten und gegenseitig verschärften.<sup>35</sup> Die Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland erfolgte nicht nur nach westdeutschem Vorbild, sondern auch unter den Bedingungen einer immer stärker weltweit vernetzten Wirtschaft, die ihrerseits den Westen unter Reformdruck setzte.<sup>36</sup> Die Vorstellung einer nachholenden Modernisierung in den ostdeutschen Bundesländern nach 1990 greift insofern zu kurz,<sup>37</sup> als sich die Bundesrepublik als Zielgröße selbst veränderte. Die zunehmende Finanzierung über den internationalen Kapitalmarkt und der Einstieg ausländischer Investoren bedeutete langfristig das Ende der „Deutschland AG“.<sup>38</sup> Die vielfältigen Verflech-

<sup>33</sup> Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen/Bristol 2016; Werner Plumpe/André Steiner (Hrsg.), *Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960–1990*, Göttingen 2016, und Ralph Ahrens/André Steiner, *Wirtschaftskrisen, Strukturwandel und internationale Verflechtung*, in: Frank Bösch (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Bonn 2015, S. 79–115.

<sup>34</sup> Vgl. Thomas W. Zeiler, *Offene Türen der Weltwirtschaft*, in: Akira Iriye (Hrsg.), *1945 bis heute. Die globalisierte Welt (= Geschichte der Welt, Bd. 6)*, München 2013, S. 183–356, hier S. 318–346.

<sup>35</sup> Heinrich Best/Everhard Holtmann, *Die langen Wege der deutschen Einigung. Aufbruch mit vielen Unbekannten*, in: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.), *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Frankfurt a. M./New York 2012, S. 9–39, hier S. 11.

<sup>36</sup> Vgl. Steffen Schmidt/Hartmut Rosa, *Institutionelle Transformation, Habituelle Irritation, Sozialstrukturelle Petrifikation. Empirische Befunde und transformationstheoretische Schlüsse zur deutschen Vereinigung*, in: Ebenda, S. 417–441, hier S. 417.

<sup>37</sup> Vgl. Günther Heydemann, *DDR*, in: Ders./Vodička (Hrsg.), *Ostblock*, S. 101–136, hier S. 120.

<sup>38</sup> Vgl. Ralf Ahrens/Boris Gehlen/Alfred Reckendrees (Hrsg.), *Die „Deutschland AG“. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus*, Essen 2013.

tungen zwischen großen Aktiengesellschaften der Industrie, Banken und Versicherungen, die die Wirtschaftsstrukturen in Westdeutschland jahrzehntelang geprägt und feindliche Übernahmen verhindert hatten, begannen sich aufzulösen.

## II. Erkenntnisinteresse und Fragestellungen

Das Projekt soll erstmals auf breiter Quellengrundlage Struktur und Arbeitsweise der Treuhandanstalt untersuchen und ihre Stellung im politischen Kräftefeld der Bundesrepublik sowie ihren Aktionsradius vor Ort näher bestimmen.<sup>39</sup> Auf diese Weise soll die Frage nach dem historischen Ort der Treuhandanstalt im vereinigten Deutschland wissenschaftlich fundiert und empirisch abgesichert beantwortet werden. Darüber hinaus gilt es, die Treuhandanstalt als Instrument zur Lösung ökonomischer Probleme in den Blick zu nehmen. Schließlich sind die Folgen und Wirkungen der Privatisierungspolitik zu analysieren. Das Projekt bedient sich dabei aus dem breiten Methodenarsenal der Politik-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Erstens wird nach dem institutionellen und personellen Aufbau der Behörde gefragt. Wie sah die Struktur der Treuhandanstalt aus und wie veränderte sie sich im Laufe der Zeit? Woher kamen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Diente die Treuhandanstalt jungen Juristen sowie Volks- und Betriebswirten als Sprungbrett für die individuelle Berufskarriere?

Zweitens geht es um Handlungsspielräume und Zwangslagen der Treuhandanstalt bei der Privatisierung der volkseigenen Betriebe und Güter. So wird unter anderem das Zusammenspiel zwischen Treuhandanstalt, Bundesfinanzministerium, Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt zu untersuchen sein.<sup>40</sup> Welchen Einfluss nahmen die Landesregierungen in Ostdeutschland auf den Privatisierungsprozess?<sup>41</sup> Welche Rolle spielten die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände?

<sup>39</sup> Die Treuhandanstalt ist in der deutschen Verwaltungstradition eine einzigartige Institution, denn mit dem Treuhandgesetz vom 1.7.1990 stand auch das Datum ihrer Schließung nahezu fest. Birgit Breuel, die Nachfolgerin des am 1.4.1991 von der Roten Armee Fraktion ermordeten Präsidenten Detlev Karsten Rohwedder, schraubte am 30.12.1994 eigenhändig das Firmenschild am Dienstsitz der Behörde, dem heutigen Bundesfinanzministerium, ab. Deren Arbeit war damit aber noch keineswegs beendet: Zum 1.1.1995 nahm die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) die Arbeit auf; sie befindet sich formell in Liquidation und existiert heute noch. Gleichzeitig wurden die bis dahin angehäuften Schulden in den Erblastentilgungsfonds eingebracht.

<sup>40</sup> So einigte sich die Treuhandanstalt mit der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern Anfang 1993 darauf, den „Modernisierungsprozess“ von „regional bedeutsame[n] Betriebe[n]“ zu unterstützen und ein „Frühwarnsystem“ vor dem Vollzug der Abwicklung eines Unternehmens einzurichten; Landeshauptarchiv Schwerin, 8.11-1 Staatskanzlei M-V, Nr. 112, Birgit Breuel an den Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Betreff: Zusammenarbeit zwischen Treuhandanstalt und Landesregierung, 23.2.1993.

<sup>41</sup> Im Zuge der Betriebsstillegungen und Massenentlassungen wurden in den Ländern sogenannte Treuhand-Kabinette eingerichtet, die nach 1994 in Wirtschaftskabinette umbenannt



Drittens soll die eigentliche Tätigkeit der Treuhandanstalt in den Blick genommen werden. Nach welchen Vorgaben erfolgte die Privatisierung? Gab es eine einheitliche Verkaufsstrategie? Wie veränderten sich die Verkaufskriterien im Laufe der Zeit? Wie fielen die Entscheidungen am Ende der Verkaufsverhandlungen? Erörterte man in den zuständigen Abteilungen der Treuhandanstalt Alternativen? Und weiter: Wie stark wurden unterschiedliche Kriterien betriebs- und volkswirtschaftlicher Art (Umsatz- und Wertschöpfung, Marktperspektive, Beschäftigung, Investitionsvolumen) gewichtet? Wie sehr musste der Staat durch Infrastruktur- und Investitionsmaßnahmen die Standortbedingungen für die zum Verkauf anstehenden Betriebe verbessern?<sup>42</sup> Die Einzelstudien sollen ferner prüfen, ob die Privatisierung von Betrieben, die in der DDR bereits über einen etablierten Markennamen verfügten beziehungsweise von der technologischen Gesamtentwicklung im jeweiligen Marktsegment noch nicht abgekoppelt waren, erfolgreicher verlief als in anderen Wirtschaftsbereichen wie in der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie. Im Mittelpunkt stehen die industriellen Kerne der DDR. Dass die Einzelstudien ergebnisoffen sind, versteht sich von selbst. Es geht nicht darum, nur eine Geschichte der Deindustrialisierung und damit eine Geschichte des ökonomischen Niedergangs zu erzählen. Vielmehr sollen die verschiedenen Aufgaben der Treuhandanstalt untersucht werden, die sich in Abhängigkeit von den sozioökonomischen Herausforderungen vor Ort mitunter rasch wandeln konnten: Es ging um Abwicklung, Privatisierung, Kommunalisierung, aber auch Sanierung und damit Modernisierung regionaler Wirtschaftsstrukturen. Die Privatisierung der volkseigenen Wirtschaft der ehemaligen DDR erscheint so als ein vielschichtiger Prozess mit Widersprüchen und Ambivalenzen, wobei die Erfahrungsperspektive der ostdeutschen Akteure in die Analyse integriert wird.

Viertens werden die langfristigen Folgen der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft für das Verständnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Berliner Republik thematisiert. Hatte die rasch steigende Arbeitslosigkeit Auswirkungen auf die Konzeptualisierung der Privatisierungspolitik? Wie wandelte sich die Arbeitsmarktpolitik? Inwieweit änderten sich dadurch die wirtschaftspolitischen Leitbilder? In Verbindung mit der Privatisierungspolitik in Westdeutschland ab Mitte der 1980er Jahre kommt zudem eine grundsätzliche Frage zur Sprache: Verstärkte die Entstaatlichungsmaxime nicht den vorherrschenden Zeitgeist,

---

wurden. So fand die erste Beratung des Treuhand-Wirtschaftskabinetts in Mecklenburg-Vorpommern am 18.4.1991 im Wirtschaftsministerium des Landes statt; ebenda, Nr. 107, Protokoll der 1. Beratung in Schwerin. Die ostdeutschen Regierungschefs schätzten ihren Einfluss auf die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt zeitweise eher gering ein; Landesarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg, L 1, Nr. 645, Bl. 3–9, hier Bl. 7, Protokoll der 11. Regionalkonferenz der Regierungschefs der neuen Länder in Naumburg, 10.12.1993.

<sup>42</sup> Die Staatskanzlei von Sachsen-Anhalt forderte die Treuhandanstalt im Frühjahr 1991 auf, unternehmerische Aufgaben vorübergehend zu übernehmen: „So lange kein akzeptabler Übernehmer zur Verfügung steht, muss die Treuhandanstalt wenigstens mittelfristig diese unternehmerische Funktion wahrnehmen, insbesondere die notwendigen Investitionen vornehmen.“; ebenda, L 1, Nr. 650/1, Bl. 58 f., Sprechzettel der Staatskanzlei des Lands Sachsen-Anhalt für den Ministerpräsidenten zu den Aufgaben der Treuhandanstalt, 7.5.1991.

„der alle staatlichen und gesellschaftlichen Teilsysteme zunehmend nur noch an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, des Nutzens und des unternehmerischen ‚Erfolges‘ zu messen bereit war?“<sup>43</sup> Infrastrukturelle Güter, die lange Zeit auch von Volkswirten mehrheitlich als „öffentliche Güter“ und damit als zentrale Aufgabefelder des Staats bezeichnet wurden, drohten aus dem staatlichen Zuständigkeitsbereich zu verschwinden, so dass es schien, als gebe der Staat vorschnell seine Gestaltungsmacht in der Wirtschaft auf.

Bei der Untersuchung der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt gilt es Widersprüchliches in den Blick zu nehmen: Mit der Errichtung der Treuhandanstalt wurde – aus einer Zwangslage heraus – eine Entwicklung angestoßen, die dem bis dahin vorherrschenden Trend zu Deregulierung, Privatisierung und Bürokratieabbau teilweise zuwider lief. Die beschlossene Privatisierung der volkseigenen Betriebe war zwar ganz im Sinne der westdeutschen Privatisierungsbefürworter, doch die zeitlich befristete Übernahme der ostdeutschen Industrie durch die Treuhandanstalt stärkten – trotz des zeitgleich bestehenden Privatisierungsauftrags<sup>44</sup> – die Stellung des Staats.<sup>45</sup> Inwieweit verschoben sich die Gewichte im korporatistischen Wirtschaftssystem der Bundesrepublik? Und weiter: Hat sich das deutsche Modell des „rheinischen Kapitalismus“<sup>46</sup> durch den Kollaps des staatssozialistischen Modells verändert, das über 40 Jahre als wirtschaftspolitische Negativfolie fungiert hatte?

Auf einer anderen Untersuchungsebene wäre zu fragen: Wie gestaltete sich bei der Privatisierung der volkseigenen Betriebe die Zusammenarbeit zwischen Staat und privater Wirtschaft? In der Treuhandanstalt saßen bekanntlich nicht nur Verwaltungsbeamte, sondern auch westdeutsche Manager, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater. Begünstigte diese Zusammenarbeit ein neues, in Wirklichkeit aber schon in den 1920er Jahren ansatzweise erprobtes Geschäftsmodell: die *Public-Private-Partnership* (PPP)?<sup>47</sup> Konnte die Privatwirtschaft ihre Mitwirkung in der Treuhandanstalt dazu nutzen, um das PPP-Modell in der ostdeutschen Infrastruktur durchzusetzen? Die Untersuchung der Geschichte der Treuhandanstalt

<sup>43</sup> Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006, S. 258.

<sup>44</sup> Archiv Grünes Gedächtnis, B.II.1, Bd. 1722, vorläufiger Entwurf („Wirtschaftspolitische Herausforderungen der Bundesrepublik im Verhältnis zur DDR“) des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, 18.11.1989, und Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, 3107, A 7/12, Drucksache Nr. 15, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, 16.2.1991.

<sup>45</sup> Vgl. Werner Plumpe/Joachim Scholtyseck (Hrsg.), *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik*, Stuttgart 2012.

<sup>46</sup> Vgl. Hans Günter Hockerts/Günther Schulz (Hrsg.), *Der „Rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer*, Paderborn 2016.

<sup>47</sup> Ein erstes Versuchsfeld stellte in Deutschland das Stadtplanungsprogramm „Neues Frankfurt“ zur Beseitigung der Wohnungsnot in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre dar; vgl. Dieter Rebentisch, Ludwig Landmann, *Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik*, Wiesbaden 1975; Jan Abt/Alexander Ruhe, *Das Neue Frankfurt. Der soziale Wohnungsbau in Frankfurt am Main und sein Architekt Ernst May*, Weimar/Rostock 2008, und Susan R. Henderson, *Building Culture. Ernst May and the New Frankfurt am Main Initiative, 1926–1931*, New York 2013.

bietet insofern auch Bezüge zu aktuellen Debatten rund um den allgemein beklagten Stau bei der Sanierung öffentlicher Infrastruktur.

Fünftens soll eine vergleichende, das heißt vor allem ostmitteleuropäische Perspektive eingenommen werden, um Besonderheiten und Spezifika der wirtschaftlichen Transformation Ostdeutschlands besser herausarbeiten zu können. Wurde die DDR-Wirtschaft der „radikalsten Schocktherapie im postkommunistischen Europa unterzogen“?<sup>48</sup> Oder überwogen in den fünf neuen Bundesländern nicht doch die Vorteile einer stabilen sofort verfügbaren Rechtsordnung, der sich schnell verbessernden Infrastruktur<sup>49</sup> und der finanziell vergleichsweise großen aufgestellten Fördermöglichkeiten? Welche Rolle spielten der Erwartungshorizont der ostdeutschen Bevölkerung und die lang anhaltende Prägekraft des Konsumsozialismus, aber auch die starke Wanderungsbewegung in den Westen Deutschlands für das wirtschaftspolitische Denken und Handeln der verantwortlichen Akteure auf Bundes-, Landes-, Kommunal- und Betriebsebene? Der Verweis auf einen eigenen deutschen Weg der Wirtschaftspolitik in den 1980er Jahren jenseits von *Reaganomics* and *Thatcherism* verweist im Übrigen auf die internationale Dimension der Treuhandanstalt und ihrer Privatisierungspolitik. Wie wurde die Privatisierung der ehemals staatlichen Industrie in Großbritannien und den USA gesehen, die als Vorbilder in einigen ostmitteleuropäischen Ländern nach 1989/90 eine wichtige Rolle spielten – vor allem in Polen mit der sogenannten Schocktherapie? Welche Rolle spielten ausländische Investoren und Kaufinteressenten?

### III. Projektstruktur

Mit dem Projekt soll die Debatte über den historischen Ort der Treuhandanstalt auf eine neue Grundlage gestellt werden. Ziel ist eine nüchterne Bestandsaufnahme, die sich von den bisherigen tendenziösen Veröffentlichungen deutlich abhebt. Dabei ist nicht daran gedacht, gewissermaßen handbuchartig alle Arbeitsfelder der Treuhandanstalt gleichermaßen abzudecken. Vielmehr werden anhand ausgewählter, zentraler Themenfelder Struktur und Arbeitsweise der Behörde exemplarisch untersucht. Das Projekt besteht aus vier komplementär aufeinander bezogenen Teilen:<sup>50</sup>

<sup>48</sup> Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2016, S. 94, mit einer thesehaften Zuspitzung.

<sup>49</sup> Vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 71.

<sup>50</sup> Die Texte zu den Einzelprojekten wurden von den Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern verfasst.

## 1. Die Treuhandanstalt im politisch-parlamentarischen Raum und die ordnungspolitischen Vorstellungen

*a) Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben. Die Treuhandanstalt zwischen wirtschaftlichen Erwartungen und politischen Zwängen 1989–1994 (Andreas Malycha<sup>51</sup>)*

Gegenstand des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Einzelprojekts sind Personal, Organisation, Aufgabenprofil und interne Arbeitsverteilung (Geschäftsordnungen) der Treuhandanstalt. In diesem Kontext ist die Konstituierung von Direktorium, Verwaltungsrat und Vorstand von besonderem Interesse. Außerdem soll die Rolle einzelner Mitarbeiter untersucht werden, die in den Führungsgremien der Treuhandanstalt an maßgeblichen Entscheidungen beteiligt waren. Der Untersuchungszeitraum reicht vom Herbst 1989, als die Treuhandanstalt im letzten Jahr der DDR entstand, über die Phase der Umstrukturierung und Neuausrichtung nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion unter Detlev Karsten Rohwedder bis zum Ende der Amtszeit Breuels im Dezember 1994. Ziel des Projekts ist eine empirisch fundierte Analyse von Entstehung, Arbeitsweise und Bedeutung der Treuhandanstalt. Das Projekt widmet sich ferner den Erwartungshaltungen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die sich mit der Gründung der Treuhandanstalt verbanden, wirft einen analytischen Blick auf das Innenleben einer Institution, die den Prozess der Privatisierung zu organisieren hatte, und lotet Handlungsspielräume und Zwangslagen im politischen Kräftefeld Gesamtdeutschlands aus.

*b) Die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt: Zwischen Ordnungspolitik und Pragmatismus (Katja Fuder<sup>52</sup>)*

Das Projekt befasst sich mit den politischen Entscheidungsprozessen hinter der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt. Untersucht werden das Privatisierungsmodell, die zentralen Akteure sowie ihre wirtschaftspolitischen Intentionen und Vorstellungen. Dabei sind insbesondere das Bundesfinanzministerium als federführende und politisch verantwortliche Behörde sowie das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundeskanzleramt von Interesse, die an der Konzeption der Privatisierungspolitik maßgeblich beteiligt waren. Eine wichtige Frage ist,

<sup>51</sup> Dr. Andreas Malycha, 1978–1983 Studium der Geschichte in Leipzig, 1989 Promotion zum Thema „Der Zentralkomitee der SED in der Sowjetischen Besatzungszone 1945“; seit 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfZ; wichtigste Publikationen: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000; Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989, München 2014, und Biowissenschaften/Biomedizin im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik in der DDR in den 1960er und 1970er Jahren, Leipzig 2016.

<sup>52</sup> Dr. Katja Fuder, 2004–2009 Studium der Volkswirtschaftslehre in Mannheim, Bonn und Prag, 2011–2017 Studium der Wirtschaftsgeschichte und Promotion an der London School of Economics; Thema der Dissertation war die Privatisierungspolitik des Bundes in Westdeutschland von 1949 bis 1989.

wie eng die politischen und ökonomischen Handlungsspielräume eingeschätzt wurden und ob die Privatisierungspolitik in ihrer Ausgestaltung alternativlos war. Zu beachten ist dabei die spezifische Herausforderung, dass parallel zur wirtschaftlichen Transformation Ostdeutschlands und der Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen eine Integration zweier zuvor getrennter Volkswirtschaften stattfand. Auffallend sind zudem die großen Unterschiede zwischen den Privatisierungsmodellen in Ost- und Westdeutschland. In Westdeutschland wurden Unternehmen des Bunds nach Ende des Zweiten Weltkriegs durch die zuständigen Ministerien über einen langen Zeitraum und oft im Rahmen von Teilprivatisierungen zu einem Großteil über Aktienemissionen veräußert. Im Fall Ostdeutschlands hingegen verkaufte eine dem Bundesfinanzministerium unterstellte Anstalt des öffentlichen Rechts Betriebe direkt, schnell und vollständig an private Investoren. Diese Neukonzeption der Privatisierungspolitik soll im historischen Kontext ergründet und eingeordnet werden.

*c) Communists into Capitalists: Die Genese des ostdeutschen Unternehmertums nach der Wiedervereinigung (Max Trecker<sup>53</sup>)*

Mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes erfolgte nicht nur die endgültige Einführung der parlamentarischen Demokratie in Ostdeutschland, sondern auch die Übernahme des Systems der sozialen Marktwirtschaft als besondere Spielart des Kapitalismus. Doch wo sollten in einem vormals staatssozialistischen Land die Unternehmerinnen und Unternehmer herkommen, ohne die Kapitalismus nicht denkbar ist? Die Suche nach potenziellen Kapitalisten gestaltete sich äußerst schwierig. Die letzte große Verstaatlichungswelle, mit der der ostdeutsche Mittelstand weitestgehend in das System der Kombinate und volkseigenen Betriebe assimiliert worden war, lag zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bereits 18 Jahre zurück.<sup>54</sup> „Mittelstand“ war jedoch das Zauberwort, das – eng verbunden mit dem Wirtschaftswunder – für die Stärke der westdeutschen Volkswirtschaft stand. Mit der Privatisierung der ostdeutschen Staatsbetriebe durch die Treuhandanstalt bot sich die einmalige Chance, in Rekordzeit dieses vermeintliche Erfolgsmodell eines starken Mittelstands auf Ost-

<sup>53</sup> Dr. des. Max Trecker, Studium der Geschichte und Volkswirtschaftslehre in München und Budapest, Promotion 2017 an der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien München zur Koordinierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und Süd im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

<sup>54</sup> Die „Restitution“ der enteigneten Betriebsvermögen von 1972 an deren ehemalige Besitzer bildete einen Schwerpunkt der Mittelstandspolitik in Ostdeutschland in den frühen 1990er Jahren. An diesem Beispiel zeigt sich, dass die Ziele eines „social engineering“, der Schaffung heimischer Kapitalisten, insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Folgen haben konnte. Da die wenigsten Betriebe 1990 in ihrer Form von 1972 weiterexistierten, war es häufig schwer zu entscheiden, was wie restituiert werden konnte und sollte. Die daraus entstehende Rechtsunsicherheit erwies sich häufig als fatal für die betroffenen Betriebe, da notwendige Investitionen ausblieben; vgl. Axel Schmidt/Friedrich Kaufmann, Mittelstand und Mittelstandspolitik in den neuen Bundesländern. Rückgabe enteigneter Unternehmen, Stuttgart 1992, S. 56–58.

deutschland zu übertragen.<sup>55</sup> Es handelte sich dabei um ein soziales Experiment par excellence, das hier, an der direkten Schnittstelle von Wirtschaft und Gesellschaft, untersucht werden soll. Welche Berücksichtigung fand eine als ideal empfundene mittelständische Wirtschaftsstruktur in der Privatisierungspolitik der frühen 1990er Jahre? Auf welche Förderangebote konnten prospektive ostdeutsche Unternehmerinnen und Unternehmer zurückgreifen?<sup>56</sup>

## 2. Die Privatisierungspolitik in der Region

*a) Die Strategien der Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben zur Privatisierung der chemischen Industrie und Mineralölindustrie 1990–2000 (Rainer Karlsch<sup>57</sup>)*

Das Projekt nimmt die einzelnen Stationen des Transformationsprozesses in der chemischen Industrie und Mineralölindustrie in den Blick, der 1989/90 einsetzte und bis zum Ende der 1990er Jahre dauerte. Erste Selbsteinschätzungen zur Wettbewerbsfähigkeit der im Frühsommer 1990 aus den Kombinatn hervorgegangenen Unternehmen fielen ernüchternd aus. Zu noch weitaus härteren Bewertungen kamen westdeutsche Chemieunternehmen, die den großen ostdeutschen Chemiestandorten kaum Chancen in der Marktwirtschaft einräumten. Die Treuhandanstalt stand vor der Aufgabe, möglichst viele Unternehmen so rasch wie möglich *en bloc* zu privatisieren. Mit dem Kanzlerversprechen vom 10. Mai 1991, das den Erhalt der Unternehmen des Chemiedreiecks festschrieb, setzte ein Strategiewechsel ein: Das Chemiedirektorat der Treuhandanstalt ließ standortübergreifende Konzepte erarbeiten und ging zu einer aktiven Restrukturierungspolitik über. In diesem Zusammenhang ist unter anderem danach zu fragen, wie die Sanierung der Altlasten geregelt wurde und mit welchen Ergebnissen man die Chemieparkkonzepte umsetzte. Außerdem soll das Privatisierungsgeschehen in anderen, stärker mittelständisch geprägten Bereichen der chemischen Industrie – pharmazeutische Betriebe, Reifenhersteller, Kosmetik und Waschmittel – analysiert werden. Abschließend ist zu klären, in welchem Verhältnis der hohe finanzi-

<sup>55</sup> Dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland andere waren als in der jungen Bundesrepublik spielte im politischen Diskurs 1990 keine Rolle, auch wenn es an kritischen Experten nicht mangelte; vgl. Christian Thimann, *Aufbau von Kapitalstock und Vermögen in Ostdeutschland. Der lange Weg zur Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse*, Tübingen 1996, S. 37 f.

<sup>56</sup> Zum Aufbau von Interessenverbänden der Wirtschaft vgl. Jann Müller, *Die Wiederbegründung der Industrie- und Handelskammern in Ostdeutschland im Prozess der Wiedervereinigung*, Stuttgart 2017.

<sup>57</sup> Dr. Rainer Karlsch, Wirtschafts- und Unternehmenshistoriker; *Studium der Wirtschaftsgeschichte in Berlin, 1986 Promotion*; wichtigste Publikationen: *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953*, Berlin 1993; gemeinsam mit Raymond G. Stokes, „Faktor Öl“. *Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974*, München 2003; hrsg. mit Rudolf Boch, *Uranbergbau im Kalten Krieg*, 2 Bde., Berlin 2011, und *Energie und Rohstoffpolitik*, in: Hoffmann (Hrsg.), *Zentrale Wirtschaftsverwaltung*, S. 249–362.

elle Aufwand bei der Transformation der ostdeutschen Chemieindustrie zu den erzielten Privatisierungsergebnissen stand.

*b) Die Transformation der ostdeutschen Werftindustrie im Spannungsfeld von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (Eva Lütkemeyer<sup>58</sup>)*

Der Privatisierungs- und Umstrukturierungsprozess der ostdeutschen Werftindustrie zwischen 1990 und 1994 wird im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Treuhandanstalt in ihrem wirtschaftspolitischen und soziokulturellen Umfeld untersucht. Das ehemalige Kombinat Schiffbau, das aus den großen Ostsee-Werften in Warnemünde, Rostock, Wismar, Wolgast und Stralsund sowie deren Zuliefererbetrieben bestand, war mit mehr als 55.000 Beschäftigten für die ganze ostdeutsche Küstenregion strukturbestimmend. Der Schiffbau bildete damit einen der „industriellen Kerne“, dessen Erhalt auch nach Ende der Planwirtschaft zumindest aus gesellschaftspolitischer Perspektive gesichert werden sollte. Vor diesem Hintergrund zielt das Promotionsprojekt auf die Analyse der makroökonomischen, fiskalischen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Wandlungsprozesse, wobei die Netzwerke der maßgeblichen Akteure aus Wirtschaft und Politik, ihre Interessen, Handlungsspielräume und die Frage nach möglichen Alternativen der Treuhandpolitik besonders im Fokus stehen. Neben überregionalen, bundesdeutschen und durch die EG vorgegebenen Rahmenbedingungen werden auch die regionalen und innerbetrieblichen Transformationsprozesse im Schiffbausektor in die Untersuchung einbezogen. Methodisch verfolgt das Forschungsprojekt einen multiperspektivischen Ansatz und verortet sich an der Schnittstelle von Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte sowie Erfahrungs- beziehungsweise Mentalitätsgeschichte.

*c) Akteursstrukturen und Privatisierungspraxis in der Transformation: Die Arbeit der Treuhandanstalt im Land Brandenburg 1990–1994 (Wolf-Rüdiger Knoll<sup>59</sup>)*

Mit der im März 1990 beschlossenen Errichtung einer „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ begann die institutionelle Arbeit der Treuhand bereits über ein halbes Jahr vor der Wiedervereinigung und der Konstituierung der neuen Landesregierungen in den ostdeutschen Bundesländern. Damit erfolgten die ersten Transformationsprozesse der ostdeutschen Wirtschaft zunächst weitgehend ohne Begleitung durch politische Akteure auf Landesebene.<sup>60</sup> Dem Promotionsprojekt liegt die Arbeitshypothese zugrunde, dass bei der Privatisierung der volkseigenen Wirtschaft ein dichtes Netzwerk von Austausch-

<sup>58</sup> Eva Lütkemeyer M.A., Studium der Geschichte und Sprache, Literatur, Kultur in Oldenburg, Bremen und München, 2016 Master of Arts.

<sup>59</sup> Wolf-Rüdiger Knoll M.A., Studium der Geschichte, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft in Berlin und Budapest, 2014 Master of Arts; 2015–2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Point Alpha.

<sup>60</sup> Vgl. Uwe Siegmund, Privatisierungspolitik in Ostdeutschland. Eine politökonomische Analyse der Treuhandanstalt, Kiel 2001, S. 15–17.

und Meinungsbildungsstrukturen zwischen Treuhandanstalt und der Landesregierung Brandenburgs bestand. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Untersuchung des politischen Kräftefelds in einem Bundesland – zwischen den einzelnen Akteuren auf Landes- und Kommunalebene, aber auch auf Bundes- und Europalebene. Aufgrund ihrer immensen Bedeutung für die industriellen Standorte in Brandenburg sollen dazu schwerpunktmäßig die Privatisierungsprozesse der Stahl- und Braunkohleindustrie untersucht werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, die Tätigkeit der Treuhandanstalt vor Ort in den Blick zu nehmen. Da die Niederlassungen insgesamt für etwa zwei Drittel aller Betriebe (insbesondere kleine und mittlere) zuständig waren,<sup>61</sup> soll in dem Projekt auch die Tätigkeit der Dependancen in Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder genauer analysiert werden.

### 3. Gesellschaftliche Folgen und Debatten

*a) Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und die Rolle der Treuhandanstalt 1988–1998 (Dierk Hoffmann,<sup>62</sup> Projektleiter)*

Im Zuge der Privatisierung der volkseigenen Betriebe verschwand nicht nur die DDR-Arbeitsgesellschaft, sondern auch die kollektive Gewissheit des garantierten Arbeitsplatzes. Die Welle von Betriebsschließungen, die 1990/91 einsetzte, führte zum rasanten Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland. Die kollektive Erfahrung des Arbeitsplatzverlustes, für die vor allem die Treuhandanstalt verantwortlich gemacht wurde, schuf neue soziale Ungleichheiten und prägte die politischen und mentalen Einstellungen vieler Menschen in den neuen Bundesländern bis in die Gegenwart. Ausgehend von der Tatsache, dass bei der Treuhandanstalt ein eigenes Direktorat Arbeit bestand, geht das Projekt den beiden Fragen nach, ob und wie sich die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland auf die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt auswirkte. Dabei geht es sowohl um die konzeptionellen Vorstellungen als auch um die ergriffenen Gegenmaßnahmen. So war die Treuhandanstalt in Projekte auf Landesebene mit eingebunden, die der Erhaltung einzelner als sanierungsfähig eingestufte Betriebe dienten. In diesem Kontext gewannen auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen an Bedeutung, so zum Beispiel das ANKER-Projekt in Mecklenburg-Vorpommern oder das ATLAS-Projekt in Sachsen. Darüber hinaus sollen in der Untersuchung die Folgen auf betrieblicher Ebene und die Erfahrungen der Betroffenen an ausgewählten Einzelfällen berücksichtigt werden.

<sup>61</sup> Vgl. Beschlußempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/8404, S.174; [dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/084/1208404.pdf](http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/084/1208404.pdf) [22.8.2017].

<sup>62</sup> Prof. Dr. Dierk Hoffmann, Studium der Neueren Geschichte, Osteuropäischen Geschichte und Volkswirtschaftslehre in München, 1994 Promotion, 2009 Habilitation; seit 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter des IfZ; seit 2013 außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam; 2011–2016 Mitglied der Geschichtskommission des Bundeswirtschaftsministeriums.



*b) Zwischen Konfrontation und Kooperation: Die Treuhandanstalt, die Gewerkschaften und die Transformation Ostdeutschlands 1990–1994 (Christian Rau<sup>63</sup>)*

In der Öffentlichkeit wurden Treuhandanstalt und Gewerkschaften häufig als die Hauptkontrahenten im wirtschaftlichen Transformationsprozess Ostdeutschlands wahrgenommen. Anfänglich gestärkt durch einen rasanten Mitgliederzuwachs, schossen sich exponierte Gewerkschaftsfunktionäre nicht selten auf die „neoliberale Privatisierungsmaschine“ ein, die sie für den „Ausverkauf“, die Massenentlassungen und die verfehlte Integration der Ex-DDR verantwortlich machten. Die Rolle der Gewerkschaften im Privatisierungsprozess ostdeutscher Unternehmen ist nicht unumstritten, aber noch kaum erforscht. Das Projekt vermisst die Rolle der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Transformationsprozess Ostdeutschlands. Dabei sollen drei parallel verlaufende Prozesse analysiert werden: die Radikalisierung gewerkschaftlicher Positionen im Zuge der „neoliberalen Wende“ unter Kohl (ab 1982), interne Debatten über die Zukunft der gewerkschaftlichen Arbeit und die konfliktreiche Integration der Ost-Gewerkschaften nach 1990. Hiervon ausgehend, wird nach den Dispositionen und Handlungsspielräumen der Gewerkschaften gegenüber der Treuhandanstalt gefragt. Das Forschungsdesign verbindet dabei Makro- und Mikroebene. So sollen übergreifende Diskurse und Konflikte mit konkreten Privatisierungspraktiken (zum Beispiel das Kaliwerk in Bischofferode) kontrastiert und inner- wie zwischengewerkschaftliche Konflikte sowie das Verhältnis zu den Betriebsräten beleuchtet werden.

#### 4. Internationale Dimensionen der Privatisierungspolitik

*a) Die internationalen Verkaufsstrategien der Treuhandanstalt, dargestellt an Beispielen aus Sachsen (Keith R. Allen<sup>64</sup>)*

Direkt nach ihrem Amtsantritt ließ Breuel untersuchen, wie sich die Privatisierungsergebnisse der Treuhandanstalt verbessern ließen. Diese Untersuchung führte zur Einschaltung von internationalen Unternehmensberatungen und Investmentbanken sowie zur Eröffnung von Treuhandbüros im Ausland und zur Ernennung von Beauftragten der Treuhandanstalt in Europa und Übersee. Gegenstand der Untersuchung bilden die Bemühungen der Treuhandanstalt, ausländische Investoren für unterschiedliche Produktionsbereiche zu gewinnen,

<sup>63</sup> Dr. Christian Rau, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft in Leipzig, Promotion 2014: Stadtverwaltung im Staatssozialismus. Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzig (1957–1989), Stuttgart 2017; seit 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter des IfZ; er hat dort bis 2017 das Projekt „Nationalbibliothek im geteilten Land. Die Deutsche Bücherei 1945–1990“ durchgeführt.

<sup>64</sup> Keith R. Allen, Ph.D., Studium der Volkswirtschaftslehre und Geschichte in Oxford, Ohio, 1997 Promotion: Hungerige Metropole. Essen, Wohlfahrt und Kommerz in Berlin, Hamburg 2002; 2014–2017 Projektstelle der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Interrogation Nation. Refugees and Spies in Cold War Germany, Lanham u. a. 2017); seit 2010 Gastprofessor an der Berliner Dependence des Dartmouth College.

vor allem aus den Ländern, die während der 1990er Jahre in nennenswertem Umfang in Sachsen investierten, allen voran aus der Schweiz, Österreich, Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und den USA. Unter welchen Bedingungen dies geschah – und ob etwa Bundesbehörden gegenüber ausländischen Bewerbern unterschiedliche Maßstäbe anlegten – ist bislang unerforscht. Einen Schwerpunkt der Untersuchung wird die Beziehung Deutschlands zur Schweiz bilden, ein Land, das als Investor in Deutschland weitgehend unbekannt ist. Dabei war das Alpenland häufig auf Platz eins der monatlichen Listen von Verkäufen an ausländische Unternehmen und lag damit immer vor Ländern wie den USA, Großbritannien und häufig auch Frankreich. Bei den Beschäftigungszusagen lagen die Schweizer immerhin auf Platz zwei.

*b) Von Solidarność zur Schocktherapie: Ökonomisches Denken und Systemtransformation in Polen 1975–1995 (Florian Peters<sup>65</sup>)*

Angesichts der spezifischen Vorreiterrolle, die dem Systemwechsel und der radikalen makroökonomischen Schocktherapie in Polen im implodierenden sowjetischen Machtbereich zukam, liegt der Schwerpunkt des von der DFG geförderten Einzelprojekts auf der „Transformation vor der Transformation“. So fokussiert das Projekt auf den schleichenden diskursiven und gesellschaftlichen Wandel, der östlich der Oder bereits im Jahrzehnt vor 1989 einsetzte, und setzt diesen ins Verhältnis zu den tiefgreifenden sozialen und ökonomischen Umbrüchen der turbulenten Transformationsjahre bis 1995. Dabei geht es zunächst um die Evolution wirtschaftspolitischer Reformdiskurse in der kommunistischen Partei, in ökonomischen Expertengremien und in der demokratischen Oppositionsbewegung. Dann verbindet das Projekt diesen diskursanalytischen Zugriff mit der Untersuchung der marktwirtschaftlichen Praxis, die sich seit den 1980er Jahren entfaltete und als „Proto-Kapitalismus von unten“ das Bild der polnischen Transformation prägte. In diesem Rahmen gilt es auch, den Einfluss ideeller und praktischer Transfers aus dem Westen abzuwägen, die sich aus dem Rückgriff auf westliche Berater ergaben. Auf diese Weise zielt das Projekt darauf ab, die ereignisgeschichtliche Zäsur von 1989 in längere transnationale Entwicklungslinien einzubetten und die diskursiven Vorbedingungen des Systemwechsels als historische Faktoren eigenen Rechts sichtbar zu machen.

<sup>65</sup> Dr. Florian Peters, Studium der Osteuropäischen Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften in Kiel und Poznań, Promotion 2014 an der Berliner Humboldt-Universität mit einer Arbeit zur polnischen Geschichtskultur in der Solidarność-Zeit: Revolution der Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg in der Geschichtskultur des spätsozialistischen Polen, Berlin 2016.

*c) Privatisierung in der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik in den 1990er Jahren  
(Eva Schäffler<sup>66</sup>)*

Die Studie widmet sich dem Privatisierungsprozess, der im Zuge der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei beziehungsweise in der Tschechischen Republik in den 1990er Jahren stattfand. Basierend auf einem breiten Korpus von Forschungsliteratur, insbesondere auch der tschechischsprachigen, sowie gedruckten und archivalischen Quellen wird der Privatisierungsprozess nicht nur aus einer wirtschaftsgeschichtlichen Perspektive betrachtet, sondern auch in seine größeren politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingebettet. Thematisiert werden die Privatisierungsverfahren, unter anderem die für den tschechoslowakischen beziehungsweise tschechischen Privatisierungsprozess charakteristische Kuponprivatisierung,<sup>67</sup> sowie die für die Privatisierung zuständigen staatlichen Institutionen. Darüber hinaus liegt das Augenmerk auf den Diskursen, die sich im Vorfeld, im Verlauf und im Rückblick auf die Privatisierung ergaben, sei es auf (wirtschafts-)wissenschaftlicher, (partei-)politischer oder medialer Ebene.<sup>68</sup> Überdies gilt es die Privatisierung anhand der Automobilindustrie und des 1991 geschlossenen Joint Ventures zwischen Škoda und Volkswagen exemplarisch zu untersuchen. Diese Herangehensweise kann nicht nur neue Einsichten in den tschechischen Transformationsprozess bieten, sondern auch vergleichende Perspektiven für die Privatisierung in Ostdeutschland liefern.

*Dierk Hoffmann*

<sup>66</sup> Dr. Eva Schäffler, Studium der Geschichte, European Studies und Bohemistik in Salzburg, Eichstätt, Madrid und Olomouc, 2015 Promotion: *Paarbeziehungen in Ostdeutschland. Auf dem Weg vom Spät- zum Postsozialismus*, Wiesbaden 2017; 2010–2016 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lektorin an der Universität Salzburg (Fachbereich Geschichte) und 2016/17 Netzwerkmanagerin bei der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern e.V. in Marktredwitz.

<sup>67</sup> Für einen (deutschsprachigen) Einstieg in die Kuponprivatisierung und auch in andere Privatisierungsverfahren vgl. Jiří Kosta, *Stand und Perspektiven der ökonomischen Transformation*, in: Jürgen Herda/Adolf Trägler (Hrsg.), *Tschechien, der ferne Nachbar. Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989*, Regensburg 1999, S. 130–158.

<sup>68</sup> Wertvolle Einblicke, wie führende tschechische Politiker die Privatisierung bzw. die Transformation in der Rückschau bewerten, finden sich z. B. im Interviewband von Jan Rovenský u. a. (Hrsg.), *25 let poté. Klaus, Pithart, Rychetský a Zeman v rozhovorech o společnosti a politice*, Prag 2014.